

## Kommentar

# Geschäft zu Lasten Dritter

**Eine tschechische Firma übernimmt die Braunkohle-Sparte von Vattenfall in Deutschland. Und was ist mit den Risiken?**

Michael Bauchmüller, SZ, 4.7.16

Die tschechische "Energetický a Průmyslový Holding" nicht zu kennen, ist keine Schande. Das Unternehmen, kurz EPH, ist schließlich keine zehn Jahre alt, gegründet wurde es von Investmentbankern. Selten tritt es unter diesem Namen auf, oft operiert es über verschachtelte Tochterfirmen, die sich mitunter auch in Steuerparadiese zurückverfolgen lassen. Aber jetzt wird es höchste Zeit, dass sich Politik und Steuerzahler hierzulande eingehender mit EPH beschäftigen. Sonst droht ein dickes Ende.

An diesem Wochenende nämlich hat die schwedische Regierung grünes Licht gegeben für den jüngsten Deal der Prager Unbekannten: EPH darf zum 1. August die Braunkohle-Sparte von Vattenfall übernehmen. Damit wird die Holding Eigentümer des zweitgrößten deutschen Braunkohle-Reviere, mitsamt dessen 7500 Mitarbeitern, mitsamt allen Lasten und Pflichten. Nimmt EPH das Engagement in der Lausitz ernst, dann bindet sich das junge Unternehmen auf Jahrzehnte an den Landstrich im Südosten der Republik, und zwar selbst dann noch, wenn die Schaufelradbagger längst rosten. Denn die Renaturierung der ehemaligen Tagebaue, das dauerhafte Management des Grundwassers, die Abfindung entlassener Mitarbeiter - um all das soll sich nun eine Firma kümmern, die es vor zehn Jahren noch nicht einmal gab.

### **Zahlen müssen am Ende deutsche Steuerzahler, nicht schwedische**

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall hatte schon länger die Lust an dem Geschäft verloren. Zunächst, weil sich die klimaschädliche Braunkohle schlecht mit den Bestrebungen der Regierung daheim verträgt, die Kohlendioxid-Emissionen zu drosseln. Dann, weil der Preisverfall an den Strombörsen selbst der vergleichsweise günstigen Braunkohle zu schaffen macht. Auch Vattenfall räumt ein, dass sich die Kraftwerke derzeit kaum noch rentabel betreiben lassen.

Und schließlich, weil die Braunkohle in letzter Zeit einen massiven Imageverlust erlitten hat: Noch vor wenigen Jahren galt sie als unverzichtbarer heimischer Energieträger. Inzwischen aber steht sie nur noch in der Kritik: Nicht nur, weil sie ganze Landstriche in Mondlandschaften verwandelt. Sondern mehr noch, weil sich ihr Abbau so überhaupt nicht mit Klimaschutz vereinbaren lässt. Für die Umweltlobby hat sie mittlerweile die Rolle der Atomkraft übernommen, als Hauptfeind Nummer eins. Ihre Fan-Gemeinde aber schrumpft.

All diese Risiken hat EPH mitgekauft - und sich das von Vattenfall sogar noch fürstlich bezahlen lassen. 1,6 Milliarden Euro legen die Schweden an Barmitteln drauf, um ihr ungeliebtes Geschäft loswerden zu können. Dennoch fand sich unter den bekannteren Energiekonzernen Europas kein einziger, der die Lausitzer Braunkohle nehmen wollte. Was also will EPH, was andere nicht wollten?

Das Unternehmen verweist darauf, dass sich die Preise an den Strombörsen auch wieder erholen könnten. Lasse sich Strom zu höheren Preisen verkaufen, werde die Braunkohle wieder rentabel, alle künftigen Verpflichtungen ließen sich leicht bedienen. Und wenn nicht?

### **Der Deal mit EPH ist Verantwortungslosigkeit mit Ansage**

Ein anderes Szenario ist mit Händen zu greifen: EPH macht Kasse und verschwindet. Für insgesamt fünf Jahre bindet der Vertrag die tschechischen Investoren. Drei Jahre lang dürfen sie keine Dividenden abschöpfen, weitere zwei Jahre nur "betriebsübliche Renditen" abgreifen - danach fallen alle Schranken. In der Vergangenheit haben die beiden EPH-Großaktionäre einiges Geschick in der Gründung von Tochterfirmen bewiesen. Es dürfte ihnen nicht schwerfallen, auch die Verantwortung für die Lasten des Braunkohlegeschäfts kunstvoll abzuschieben, nachdem sie die schwedischen Milliarden beiseitegeschafft haben. Der Regierung in Stockholm war all das egal. Zahlen müssen ja am Ende deutsche Steuerzahler, nicht schwedische.

Mit den Spätfolgen der Atomkraft hat der Bund zuletzt ähnliche Erfahrungen gemacht. Auch hier war keineswegs sicher, dass die Unternehmen - nach Jahrzehnten guter Gewinne - die Kosten für die Entsorgung des Atommülls noch würden schultern können. Nun soll ein Fonds die Kosten übernehmen; die Unternehmen müssen ihn mit Milliarden füllen, solange sie das noch können.

Auch bei der Braunkohle sollten Bund und Länder schleunigst beginnen, die Finanzierung der Braunkohle-Spätfolgen abzusichern. Im Fall der Lausitz könnten die betroffenen Länder Sicherheiten einfordern, etwa in Form von Bürgschaften, das Bergrecht erlaubt dies. Der Bund sollte - analog zur Atomkraft - Vorkehrungen treffen, dass Investoren ihre Pflichten nicht an Briefkastenfirmen auslagern. **Der EPH-Deal ist Verantwortungslosigkeit mit Ansage. Wer da nicht rasch handelt, der macht sich mitschuldig.**

## Braunkohle

# Vattenfall verkauft an EPH

**Die tschechische Gruppe übernimmt die Standorte in der Lausitz. Brandenburg und Sachsen sind erfreut, Greenpeace ist enttäuscht, mit dem Investor werde sich der Ausstieg aus dieser Energie nicht machen lassen.**

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall darf sein deutsches Braunkohlegeschäft an die tschechische EPH-Gruppe verkaufen. Die schwedische Regierung stimmte den Plänen des Unternehmens am Samstag zu. "Ich habe das Unternehmen informiert, dass wir der Abmachung der Geschäftsleitung zustimmen", sagte Wirtschaftsminister Mikael Damberg Journalisten. Der Verfall des Strompreises in Deutschland habe Vattenfall und anderen Unternehmen heftig zuge-setzt.

In den Regierungen in Brandenburg und Sachsen stieß der Entschluss auf Freude - bei Greenpeace nicht. Der Verkauf der Braunkohle-Aktivitäten in der Lausitz an EPH und seinen Finanzpartner PPF Investments soll zum 31. August vollzogen werden, teilte Vattenfall mit. Demnach soll EPH sowohl Vermögenswerte in Höhe von 1,6 Milliarden Euro übernehmen als auch Schulden und Rückstellungen zur Regenerierung von Braunkohlegebieten in Höhe von 1,9 Milliarden Euro. Der Verkauf betrifft Kohlekraftwerke und Bergwerke in Brandenburg und Sachsen. Als Eigentümer hatte die schwedische Regierung den geplanten Verkauf an die EPH-Gruppe seit April geprüft. Er wurde als "strategisch richtig und als beste wirtschaftliche Alternative" bewertet, so Damberg. Auch die tschechische Czech-Coal-Gruppe, der tschechische Staatskonzern CEZ, der Essener Energiekonzern Steag und Greenpeace hatten Interesse an den Standorten in der Lausitz bekundet, aber überwiegend keine Angebote abgegeben. Vattenfall beschäftigt in der Sparte rund 8000 Menschen.

Vattenfall hatte 2014 entschieden, sich von dem Geschäftsfeld zu trennen. Zuvor hatte die rot-grüne Regierung in Stockholm das Ziel vorgegeben, mehr erneuerbare Energien anzubieten. EPH hatte zugesichert, den Vattenfall-Tarifvertrag zu übernehmen - und bis Ende 2020 soll es keine betriebsbedingten Entlassungen geben. "Wir wissen die Entscheidung der schwedischen Regierung sehr zu schätzen", sagte ein EPH-Sprecher. Die Genehmigung der Kartellbehörden fehlt noch.

Greenpeace verlangt von der Bundesregierung, dass sie den Verkauf stoppt und die Braunkohlensparte in eine staatliche Stiftung überführt. Seit der Weltklimakonferenz in Paris sei klar, dass es keine neuen Tagebaue mehr geben dürfe. "Bis allerspätestens 2030 muss Deutschland aus der Kohle aussteigen. Beides wird sich mit EPH als Investor nicht umsetzen lassen", sagte Greenpeace.

dpa